Studierendenschaft der Universität Hamburg

Vorlage 2425/65

- Studierendenparlament -

Wahlperiode 2024/2025

24. Oktober 2024

Änderungsantrag zur Vorlage 2425/52

der Liste Grüne Hochschulgruppe

Solidarität mit den Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie und allen von Entlassungen betroffenen Arbeitern!

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Das Studierendenparlament möge beschließen: Die aktuellen Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie zwischen der IG Metall und dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall werden seit Mitte September bundesweit geführt. Für die 3,9 Millionen Beschäftigten, die dem Metall-Elektro-Flächentarif unterliegen, wird das Ergebnis der Verhandlungen entscheiden, ob angesichts der Inflation der dramatische Reallohnverlust abgefedert wird. Seit Wochen prägen aber auch Neuigkeiten über Stellenabbau in der Branche die Schlagzeilen. Zwar erzielte zum Beispiel VW im vergangenen Jahr einen Gewinn von 22,57 Milliarden Euro. Dennoch kündigt der Konzern Entlassungen an – ein direkter Angriff auf die Beschäftigten und ihre Zukunftssicherheit.

Als Studierende der Uni Hamburg sind all diese Entwicklungen nicht irrelevant für uns. In Hamburg haben wir zahlreiche Betriebe, die von dem Abschluss der Tarifrunde betroffen sind. ~~Unsere Freunde und Verwandten in diesen Branchen, insbesondere Auszubildende, sind betroffen von Reallohnverlust und bedroht von Stellenabbau. Doch~~ In diesen Branchen sind derzeit duale Studierende, Werkstudierende und viele weitere Studierenden direkt von Reallohnverlust und Stellenabbau bedroht. Genauso ergeht unseren Freund*innen, Verwandten, Kolleg*innen sowie insbesondere Auszubildenden, mit denen wir uns solidarisieren. Und die heutigen Arbeitskämpfe sind auch unsere zukünftigen Arbeitskämpfe, denn nach dem Studium werden wir ebenfalls arbeiten – und was erwartet uns? Schlechte Löhne, Überbelastung und Überstunden. Bereits jetzt sind wir Studierenden betroffen von sinkenden Löhnen und steigenden Lebenshaltungskosten. Die Kürzungen im Bildungswesen der letzten Jahre sind Ausdruck derselben Politik, die auch die Beschäftigten trifft: Es sei zu wenig Geld für Bildung und Soziales oder auch für Lohnerhöhungen da – für Subventionen für die Kapitaleseite sitzen aber Sondervermögen locker, um Krise und Konkurrenzdruck abzufedern.

Ein starker Abschluss dieser Tarifverhandlungen kann ein wichtiges Signal gegen genau diese Politik senden. Er kann nicht nur den Kolleginnen und Kollegen in der Metall- und Elektrobranche Mut machen, sondern auch Beschäftigte in anderen Branchen dazu ermutigen, sich für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen einzusetzen. Ein gerechter Lohnabschluss ist damit nicht nur ein Schritt zur Sicherung des Lebensstandards der Beschäftigten, sondern auch ein wichtiger Beitrag zu einer lebenswerten Zukunft für alle!

Das Studierendenparlament steht an der Seite der Beschäftigten und ihren Forderungen (nach einem 12-Monats-Tarifvertrag mit 7 Prozent mehr Lohn sowie 170 Euro mehr für Auszubildende) sowie mit allen von Entlassungen bedrohten Arbeitern!